

Einwohnerrat

Legislaturperiode 2018 bis 2021

Protokoll

der Sitzung vom Dienstag, 10. Dezember 2019, 19.00 Uhr, Pfaffeckappe

Behandelte Traktanden	Seite
1. Inpflichtnahme	4
2. Wahl des Präsidiums des Einwohnerrats für die Jahre 2020/2021	4
3. Wahl des Vizepräsidiums des Einwohnerrats für die Jahre 2020/2021	4
4. Wahl der Stimmzählenden des Einwohnerrats für die Jahre 2020/2021	4
5. Wahl des Präsidiums der Finanzkommission für die Jahre 2020/2021	4
6. Wahl des Vizepräsidiums der Finanzkommission für die Jahre 2020/2021	5
7. Wahl des Präsidiums der Strategiekommission für die Jahre 2020/2021	5
8. Wahl des Vizepräsidiums der Strategiekommission für die Jahre 2020/2021	5
9. Ersatzwahl eines Mitglieds der Strategiekommission für den Rest der Amtsdauer 2018/2021	5
10. Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanzkommission für den Rest der Amtsdauer 2018/2021	6
11. Postulat Martin Groves und Mitunterzeichnende vom 27. März 2019 betreffend "Vergütung Photovoltaik (PV) Strom" (13/19); Antrag auf Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung	6
12. Postulat Benjamin Steiner und Mitunterzeichnende vom 27. März 2019 betreffend Mindestanteil 20% Biogas für Heizgaskunden (14/19); Antrag auf Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung	10
13. Postulat Nadia Omar vom 14. Juni 2019 betreffend Gewässerschutz dank 4. Reinigungsstufe in der ARA Laufäcker (30/19); Antrag auf Überweisung	14
14. Kindergarten Allmend; Projektierungs- und Baukreditabrechnung (55/19)	16

Behandelte Traktanden**Seite**

15. Liegenschaft Wiesenstrasse 28 (Parz. 5878), Baden; Gesamtanierung und Einbau Doppelkindergarten; Baukreditabrechnung (56/19)

19

Vorsitz: Karin Bächli

Protokoll: Marco Sandmeier, Stadtschreiber II

Stimmzählende: Margreth Stammbach
Thomi Bräm

Anwesend: 48 Mitglieder des Einwohnerrats
7 Mitglieder des Stadtrats

Verwaltung: Heinz Kubli, Stadtschreiber
Jacqueline Keller, Leiterin Kommunikation
Christian Vogler, Energiekoordinator
Rolf Wegmann, Leiter Entwicklungsplanung

Entschuldigt: Romina Ettisberger
Cherinne Derbala

Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin

Ich begrüsse alle herzlich zur letzten Einwohnerratssitzung in diesem Jahr.

Romina Ettisberger und Cherinne Derbala haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt. Sandra Göbelbecker und Hansruedi Stauffacher werden etwas später eintreffen.

Wir haben an der letzten Einwohnerratssitzung alle mit Marco Sandmeier und seiner Frau mitgefiebert. Beda ist tatsächlich ein "Einwohnerratskind" geworden, er kam am 23. Oktober zur Welt. Herzliche Gratulation. Ausserdem gratulieren wir Esther Frischknecht zum Geburtstag. Wir gratulieren auch Stefanie Heimgartner herzlich zur Wahl in den Nationalrat. Es gibt leider auch einen Wermutstropfen. Stefanie Heimgartner und Bruno Knörr werden auf Ende Jahr aus dem Einwohnerrat zurücktreten. Wir werden sie zusammen mit Beatrice Bürgler morgen Abend am Weihnachtsessen verabschieden. 18 Jahre waren eine lange Zeit, ich werde deshalb ebenfalls per Ende Jahr aus dem Einwohnerrat zurücktreten.

Neueingänge seit der letzten Sitzung

- Anfrage Mark Füllemann vom 24. Oktober 2019 betreffend Belastung der Stadt Baden mit Zentrumsfunktionen (52/19)
- Anfrage Benno I. Hunziker und Jolanda L. Schneider vom 5. November 2019 betreffend Aufwertung Brunnmatt- und Liebenfelsquartier (69/19)
- Anfrage Georg Gindely vom 29. November 2019 betreffend freie Durchfahrt für Velos im "Blindarm" (65/19)
- Anfrage Georg Gindely vom 29. November 2019 betreffend Velowege in die Bäder (66/19)
- Postulat Georg Gindely vom 29. November 2019 betreffend "Veloweg David-Hess-Weg" (67/19)
- Postulat Georg Gindely vom 29. November 2019 betreffend "Mehr attraktive Veloabstellplätze in der Innenstadt" (68/19)
- Postulat Sander Mallien vom 9. Dezember 2019 betreffend Verstetigung der Tempo 30-Zone Burghaldenstrasse (71/19)
- Anfrage Sander Mallien vom 9. Dezember 2019 betreffend Parkierung beim Bezirksgebäude (70/19)

Seit der letzten Sitzung wurde die Anfrage Mark Füllemann vom 24. Oktober 2019 betreffend Belastung der Stadt Baden mit Zentrumsfunktionen (52/19) beantwortet. Sie wird im Januar 2020 traktandiert werden.

Das Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung wurde publiziert. Es sind keine Einwendungen oder Korrekturanträge eingegangen. Das Protokoll ist somit gültig. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten.

1. Inpflichtnahme

An der letzten Sitzung ist Peter Conrad aus dem Einwohnerrat ausgetreten. Für ihn wird Chérinne Derbala in den Einwohnerrat kommen. Sie ist krankheitshalber heute nicht anwesend. Die Inpflichtnahme wird an der Januarsitzung erfolgen.

Wir kommen jetzt zu den Wahlen des Präsidiums, Vizepräsidiums und der Stimmenzählenden des Einwohnerrats sowie der Präsidien und Vizepräsidien der Finanz- und Strategiekommission für die Jahre 2020/2021 bzw. Ersatzwahlen für Finanz- und Strategiekommission. Da, nach meinem Kenntnisstand, die vorgeschlagenen Personen grundsätzlich unbestritten sind, frage ich Sie, ob die Traktanden 1 bis 10 betreffend Wahlen offen durchgeführt werden können.

Beschluss:

Die Wahlen sind offen durchzuführen.

2. Wahl des Präsidiums des Einwohnerrats für die Jahre 2020/2021

Sander Mallien ist vorgeschlagen.

Beschluss

Als Präsident des Einwohnerrats für die Jahre 2020/2021 wird gewählt:
Sander Mallien

3. Wahl des Vizepräsidiums des Einwohnerrats für die Jahre 2020/2021

Benjamin Steiner ist vorgeschlagen.

Beschluss

Als Vizepräsident des Einwohnerrats für die Jahre 2020/2021 wird gewählt:
Benjamin Steiner

4. Wahl der Stimmenzählenden des Einwohnerrats für die Jahre 2020/2021

Tobias Vonesch und Sandra Göbelbecker sind vorgeschlagen.

Beschluss

Als Stimmenzählende des Einwohnerrats für die Jahre 2020/2021 werden gewählt:
Tobias Vonesch und Sandra Göbelbecker

5. Wahl des Präsidiums der Finanzkommission für die Jahre 2020/2021

Markus Rausch ist vorgeschlagen.

Beschluss

Als Präsident der Finanzkommission für die Jahre 2020/2021 wird gewählt:
Markus Rausch

Ich bedanke mich beim bisherigen Präsidenten der Finanzkommission, Fritz Bosshardt, und bei der bisherigen Präsidentin der Strategiekommission, Beatrice Bürgler, herzlich für die geleistete Arbeit. Die Kommissionsarbeit ist für den Ratsbetrieb und für den Austausch mit dem Stadtrat und der Verwaltung sehr wertvoll.

6. Wahl des Vizepräsidiums der Finanzkommission für die Jahre 2020/2021

Michael Rinderknecht ist vorgeschlagen.

Beschluss

Als Vizepräsident der Finanzkommission für die Jahre 2020/2021 wird gewählt:
Michael Rinderknecht

7. Wahl des Präsidiums der Strategiekommission für die Jahre 2020/2021

Michael Brandmaier ist vorgeschlagen.

Beschluss

Als Präsident der Strategiekommission für die Jahre 2020/2021 wird gewählt:
Michael Brandmaier

8. Wahl des Vizepräsidiums der Strategiekommission für die Jahre 2020/2021

Till Schmid ist vorgeschlagen.

Beschluss

Als Vizepräsident der Strategiekommission für die Jahre 2020/2021 wird gewählt:
Till Schmid

9. Ersatzwahl eines Mitglieds der Strategiekommission für den Rest der Amtsdauer 2018/2021

Beatrice Bürgler wird per Ende Jahr 2019 aus der Strategiekommission zurücktreten. Die CVP schlägt als Ersatz Thomi Bräm vor.

Beschluss

Als Mitglied der Strategiekommission für den Rest der Amtsdauer 2018/2021 wird gewählt:
Thomi Bräm

10. Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanzkommission für den Rest der Amtsdauer 2018/2021

Peter Conrad ist per Ende Oktober aus der Finanzkommission zurückgetreten. Die CVP schlägt als Ersatz Reto Huber vor.

Beschluss

Als Mitglied der Finanzkommission für den Rest der Amtsdauer 2018/2021 wird gewählt:
Reto Huber

11. Postulat Martin Groves und Mitunterzeichnende vom 27. März 2019 betreffend "Vergütung Photovoltaik (PV) Strom" (13/19); Antrag auf Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung

Benjamin Steiner

Der Permafrost taut auf, die Eisbären verhungern und Venedig versinkt im Meer. Wir fahren im Winter im T-Shirt auf einer schmalen Kunstschneebahn Ski und wie man Schneeketten montiert, weiss bestenfalls noch der Opa. Daran haben wir uns gewöhnt.

Relativ neu sind Phänomene wie Greta Thunberg, die Klimajugend, Diskussionen über einen grünen Bundesrat und jede zweite Woche irgendwo ein Klimastreik. Die berechtigte Angst vor der Klimakatastrophe hat nun also endlich auch die Politik erreicht.

Wir haben deshalb, ehrlich gesagt, fast ein bisschen damit gerechnet, dass wir mit unseren Klima-Postulaten offene Türen einrennen würden. Im vorliegenden Fall muss man sagen, dass diese Türen nicht einfach nur offen, sondern ausgehängt waren. Man hat uns mit unserem Postulat mit offenen Armen auf dem roten Teppich empfangen.

Es freut uns sehr, dass unser Anliegen so ernst genommen, so schnell, umfassend und kompetent beantwortet wurde, und dass Stadtrat, Verwaltung und Regionalwerke gemeinsam kreative Lösungen gefunden, statt faule Ausreden gesucht haben. Wir bedanken uns deshalb bei allen Beteiligten: bei der Regionalwerke AG Baden, dem Stadtrat und der Fachabteilung Entwicklungsplanung. Ein spezieller Dank geht an Christian Vogler. Er hat die Antwort verfasst und in den meisten Fraktionen vorgestellt und sich durch seine Energie, seinen Umsetzungswillen und seine offene und kompetente Kommunikation ausgezeichnet. Es ist ein tolles Gefühl, wenn die richtige Person an der richtigen Stelle sitzt.

Ich glaube, man spürt die Begeisterung. Wir werden der Überweisung mit Freuden zustimmen. Es gibt aus unserer Sicht nichts auszusetzen an der vorliegenden Antwort. Sie ist ein vorgezogenes Weihnachtsgeschenk für alle, die den Glauben an die Zukunft noch nicht ganz aufgegeben haben.

Damit bei dem ganzen Trubel und der Heiterkeit niemand übermütig wird und glaubt, die Energieprobleme der Stadt Baden seien jetzt gelöst, erlaube ich mir abschliessend, die ganze Sache in Perspektive zu setzen.

Wir sprechen hier von 5 GWh Energie. Gemessen am Gesamtenergieverbrauch der Stadt Baden sind das gerade mal 6,3 Promille. Auf dem Marathon zur Energiewende schaffen wir damit gerade mal die ersten 250 m. Das ist zwar schon ein guter Anfang, aber es braucht noch rund 160 weitere solche Vorstösse, bis wir uns zurücklehnen können.

Corinne Schmidlin

Das ging zügig vorwärts. Zwei Vorstösse der Grünliberalen, der SP, der Grünen und des teams baden werden ab Anfang 2020 umgesetzt werden. Die Berichte sind ausführlich und inhaltlich nachvollziehbar. Für die gute Arbeit bedanken wir uns vor allem bei Christian Vogler, bei der Regionalwerke AG Baden und beim Stadtrat. Die Stadt Baden hinkt in Sachen Photovoltaik-Anlagen dem Schweizer Durchschnitt deutlich hinterher. Sie hat 2,5 Mal weniger PV-Anlagen als eine durchschnittliche Schweizer Gemeinde. Im europäischen Vergleich sieht es auch nicht besser aus. Der private Solarstrom wird jetzt in Baden ein wenig besser vergütet. Wir sind mit der Erhöhung einverstanden. Sie wird jedoch nicht dazu führen, dass wir den diesbezüglichen Zubau der PV-Anlagen gemäss Energiekonzept erreichen können. Wir freuen uns deshalb über das Postulat, das die Prüfung einer erhöhten Abgabe der Netzkosten für eine weitere Förderung der PV-Anlagen verlangt und hoffen, dass das auch so schnell umgesetzt wird wie das Postulat. 0,3 Rappen pro Kilowattstunde stehen zur Diskussion. Das wären CHF 13 pro Haushalt im Jahr. Ich hoffe, dass wir über diesen Betrag nicht diskutieren müssen. Wir haben in Baden vergleichsweise sehr günstigen Strom.

Betrachtet man die grossen energie- und klimapolitischen Probleme, bewegen wir uns in Baden in kleinen Schritten, z.B. Einreichen von Postulaten etc. Vielleicht ergeben irgendwann viele kleine Schritte einen grossen Schritt.

In diesem Sinn stimmen wir dem "kleinen Schritt" zu und würden das Postulat abschreiben.

Alex Berger

Die SP Baden sowie auch der Postulant Martin Groves sind zufrieden mit der Beantwortung des Postulats. Wir begrüssen die schnelle Antwort. Wir hoffen, dass der Stadtrat in diesem Tempo weitermachen wird. Das Ziel ist bei diesem Thema noch lange nicht erreicht.

Die Preisentwicklung des Vergütungssatzes muss weiter beobachtet werden, damit die Hausbesitzer, die in Solarstrom investieren, fair behandelt werden. Wir begrüssen auch, dass die Netzaufgaben geprüft werden.

Wir bedanken uns bei der Regionalwerke AG Baden und dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats.

Sarah Wiederkehr

Ich rede zu beiden Postulaten. Wir bedanken uns insbesondere für die unglaublich schnelle Bearbeitung und für die umfangreichen Ausführungen. Wir begrüßen die ökonomische Betrachtung des Themas, sodass wir nicht nur über die ökologische Seite diskutieren können. Wir finden es auch gut, dass die Forderungen des Postulats ohne Statutenänderung umgesetzt werden können.

Wir bedanken uns für die Vorstösse und deren schnelle Bearbeitung. Es sind kleine, aber wichtige Schritte.

Michael Brandmaier

Die FDP wird dem Antrag des Stadtrats zustimmen. Wir sind mit der Aufhebung des Abzugs von 8% einverstanden. Das verursacht geringe Kosten, und die Photovoltaik wird unterstützt. Wir glauben, dass die Forderungen der Postulanten weitestgehend erfüllt sind, ohne in den Statuten festgelegt werden zu müssen. Bei einer Festlegung in den Statuten wäre die schnelle Bearbeitung sicherlich nicht möglich gewesen.

Mit dem Netzkostenbeitrag sind wir nicht ganz einverstanden. Wir hätten vom Stadtrat gerne ein paar Antworten zu verschiedenen Fragen.

- Was ist förderungswürdig?
- Würde die Förderung indirekt durch die Regionalwerke AG Baden subventioniert?
- Wie wird sichergestellt, dass die Förderung effektiv ist, sodass für jeden Franken das Maximum herausgeholt werden kann?
- Ist es eine Ökosteuer oder eine Zwangsabgabe, und wie stellen wir sicher, dass diese Abgabe zeitlich terminiert ist, sodass man sie wieder prüfen muss?
- Erfüllt sie noch die ursprüngliche Zielsetzung?
- Wenn es einmal in Betrieb ist, benötigen wir eine regelmässige Berichterstattung. Wo stehen wir und werden die Ziele erreicht?

Michael Rinderknecht

In Baden wird nicht genug Solarstrom produziert. Das wurde einerseits postuliert und andererseits schlägt die Stadt Baden jetzt, zusammen mit der Regionalwerke AG Baden, eine Lösung vor. Die Einspeisungsvergütung für Solarstrom soll von heute 7,5 Rp./kWh auf ca. 8,0 Rp./kWh inkl. einen Rappen Herkunftsnachweis angehoben werden. Das neben der bestehenden Einmalvergütung von CHF 4'120 beim Erstellen einer Solaranlage. Das tönt so, als würde etwas passieren. Erwartet wird, zumindest von den Postulanten, dass Badener Einfamilienhausbesitzer jetzt Solaranlagen bauen werden. Es kann jedoch nur derjenige profitieren, der ein Einfamilienhaus besitzt und nicht in der falschen Zone wohnt. Denn nur, wer schon in der privilegierten Lage ist, Hauseigentümer zu sein, kann seinen Strom mit einer Solaranlage amortisieren oder um die Stromrechnung inklusive aller Abgaben herumkommen. Ungefähr 100 Haushalte produzieren heute Solarstrom. Ob das auf Idealismus basiert oder ob es die Aussicht auf Gratisstrom ist, kann ich nicht beurteilen. Es wird aber offenbar davon ausgegangen, dass man die

reich Begüterten am besten mit ein paar Rappen zusätzlich motiviert, nach dem Motto eines berühmten Schweizer Milliardärs: "Hier ein Rappen, dort ein Rappen, gibt eine schöne Zipfelkappe". Das tönt genial. Die Wahrheit ist aber, dass die erwarteten Mehrkosten pro Jahr gerade mal CHF 3'000 bis maximal CHF 10'000 betragen werden. Anders gesagt – jeder kann sich das selber ausrechnen – wie lange könnte eine Weihnachtsbeleuchtung für diesen Betrag leuchten? Der erwartete Effekt ist lächerlich. Das ist auch der RWB klar. Deshalb schlägt sie vor, eine Solarabgabe von 0,3 Rp./h auf den ganzen vom RWB verkauften Strom zu erheben. Das entspricht den im Jahr 2018 produzierten 181'031 MWh immerhin CHF 543'093, die die Badenerinnen und Badener zusätzlich der RWB überlassen könnten. Die RWB ist sogar so vorausschauend, dass sie bereits jetzt festhält, dass es für sie schwierig werden würde, ausreichend geeignete Dachflächen zu finden. Zum Glück gibt es noch den Zertifikathandel, um das Problem zu kompensieren. Das Portemonnaie der Badenerinnen und Badener wird sowieso "bluten". Dafür werden wir einen Beitrag für die Umwelt oder sogar gegen den menschengemachten Klimawandel leisten. Oder vielleicht doch nicht? Auf die Frage, ob sich die CO₂-Bilanz des Badener Stroms durch diese Massnahme verbessern oder verschlechtern würde, konnten weder der Energiekoordinator noch der Stadtammann antworten. Man kann mit dem Befürworten dieses Vorgehens jedoch immerhin ein Zeichen setzen. Das ist immens wichtig, denn von gesetzten Zeichen wird die Bevölkerung in Zukunft leben müssen. Wenn der Strompreis explodiert und die Lichter ausgehen, weil wir ohne Sinn und Verstand oder einen Ersatz meinen, dass Wohlstand und Wohlfahrt ohne Atomkraftwerke, Kohle oder Gas möglich sein wird.

Gian von Planta

Wir sehen das nicht so düster. Wir von den Grünliberalen sind zufrieden, wie die Stadtverwaltung zusammen mit der Regionalwerke AG Baden den Vorstoss umgesetzt haben. Wir bedanken uns für die schnelle Umsetzung. Es ist selten, dass ein Vorstoss länger braucht für die Vorbereitung als für die Umsetzung.

Die Investition in eine solche PV-Anlage sollte selbstverständlich rentieren. Der Kern des Anliegens war, eine Photovoltaik-Anlage nicht nur für den Eigengebrauch zu optimieren, sondern möglichst so auszulegen, dass man den Reststrom ins Netz einspeisen kann.

Ein Problem bleibt. Es ist für viele Leute nicht einfach, die Vorabinvestition zu tätigen, da sie ziemlich hoch ist. Wir finden den Vorschlag mit der Netzaufgabe von 0,34 Rp./kWh interessant. Bei der Formulierung muss man aufpassen. Eine administrativ einfache Lösung wäre, die Einmalvergütung für eine begrenzte Zeit z.B. zu verdoppeln. Wir glauben, dass eine solche Lösung durchaus zielführend sein könnte, nämlich dass mehr PV-Anlagen gekauft würden.

Markus Schneider, Stadtammann

Ich bedanke mich für die gute Aufnahme und die Erarbeitung der Vorlage, für die lobenden, aber auch für die kritischen Worte. Auch von unserer Seite geht der Dank an Christian Vogler für die Erarbeitung dieses guten Vorschlags, zusammen mit der Regionalwerke AG Baden, den wir Ihnen heute zur Genehmigung vorlegen können. Mit der Überweisung dieses Postulats alle werden natürlich nicht alle Energieprobleme gelöst. Ich habe allerdings ein Problem damit, wenn ich höre, dass es noch weitere 160 Vorstösse brauchen wird. Lasst doch den Energiekoordinator arbeiten. Wir haben mit den beiden Ihnen heute vorgelegten Vorlagen ein schnelles Tempo vorgelegt. Wir werden auch in Zukunft Massnahmen ergreifen und das Tempo noch erhöhen müssen. Mit der schnellen Beantwortung der Vorstösse haben wir gezeigt, dass wir uns dessen bewusst sind. Mit der Regionalwerke AG Baden haben wir einen Partner, der mit uns an einem

Strang zieht, obwohl die RWB immer noch ein auf dem Markt befindliches Unternehmen ist und ökonomisch arbeiten muss. Wir liegen mit den Photovoltaik-Anlagen im nationalen Schnitt zurück. D.h., dass wir mit der Erfüllung des Ziels ebenfalls noch nicht so weit sind, wie wir es uns vorgenommen haben. Wir sind bestrebt, Dachflächen für grosse PV-Anlagen zu finden. Es ist besser, grosse, anstatt mehrere kleine PV-Anlagen zu bauen. Wir möchten jedoch beides ermöglichen. Die Rückmeldungen zeigen, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden.

Zu den Fragen von Michael Brandmaier:

Sie sind jetzt protokolliert. Wir sind zurzeit daran, den Vorschlag zu prüfen und werden später darüber Auskunft geben.

Wir haben das Postulat geprüft und Massnahmen zur Umsetzung ergriffen. Weitere Schritte werden folgen müssen. Die Antwort zum zweiten Postulat zu diesem Thema werden wir dem Einwohnerrat an der Januarsitzung unterbreiten.

Beschluss

Das Postulat Martin Groves und Mitunterzeichnende vom 27. März 2019 betreffend Vergütung Photovoltaik (PV)-Strom wird nach Kenntnisnahme vom vorliegenden Bericht als erledigt abgeschrieben.

12. Postulat Benjamin Steiner und Mitunterzeichnende vom 27. März 2019 betreffend Mindestanteil 20% Biogas für Heizgaskunden (14/19); Antrag auf Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung

Benjamin Steiner

Auch beim Thema Biogas freuen wir uns über die rasche Bearbeitung durch die Stadt Baden und den guten Willen, den die Regionalwerke AG Baden an den Tag gelegt haben. Nochmals vielen Dank!

Praktisch über Nacht soll jetzt also der Biogasanteil bei der Regionalwerke AG Baden um sagenhafte 2'000% erhöht werden, nämlich von heute knapp einem halben auf neu gut 8% (10% minus Opt-Out).

Also, nochmal ein Weihnachtsgeschenk! Mit dieser Massnahme spart die Stadt nämlich schon ab nächstem Jahr knapp 6'000 Tonnen CO₂ pro Jahr. Das entspricht ungefähr 22 Millionen Flugkilometer. Das ergibt für jeden Badener und jede Badenerin einen Flug nach Mallorca, ohne schlechtes Gewissen. Allerdings ohne Rückflug. Es gibt jedoch Schlimmeres, als auf Mallorca festzusitzen.

In diesem Sinn ist das Postulat wohl eines der wirkungsvollsten, welches das team baden je eingereicht hat. Mein Hauptanliegen, eine Sofortmassnahme gegen den Klimawandel zu ergreifen, wird voll umgesetzt.

In der Antwort auf das Postulat findet man bei genauem Hinsehen noch zwei versteckte Botschaften:

Erstens zeigt sie deutlich auf, wo beim Gas die klimapolitischen Grenzen liegen. Mittelfristig hat nämlich Biogas klar zu wenig Potential, um einen substanziellen Anteil zur Energiewende beitragen zu können.

Heizgas bleibt heute und in Zukunft vornehmlich Erdgas und ist somit nicht wesentlich umweltfreundlicher als eine Ölheizung. Das bedeutet wiederum, dass wir so schnell wie möglich so weit wie möglich vom Gas wegkommen müssen. Das Unterziel U1 des Energiekonzepts, welches Öldurch Gasheizungen ersetzen will, haben wir von Anfang an bekämpft. Heute zeigt sich, dass dieses Ziel tatsächlich blanker Unsinn ist.

Die zweite versteckte Botschaft: Die Energiepreise sind Phantasiepreise. Das neue Standardgas mit 10% Biogas wird nämlich für die Kunden nicht teurer. Im Gegenteil: Es bleibt genau gleich. Macht jemand vom Opt-Out Gebrauch, bezieht er also das gleiche Produkt wie 2019, wird sein Gas sogar 2,5% günstiger. Das ist gewollt. Eine Erhöhung des Energiepreises sei hinsichtlich der drohenden Strom- und Gasmarktöffnung schlecht für das Geschäft, sagt die Regionalwerke AG Baden. Das mag sein, aber auf diese Weise ist der Anreiz zum Sparen auch nicht besonders hoch.

Hier brauchen wir dringend kreative Lösungen. Wenn Stadt und Regionalwerke AG Baden auf dem aktuellen Kurs bleiben, und der Stadtrat bei seinem Versprechen bleibt, dürfen wir optimistisch in die Zukunft blicken. Sonst kommen wir eben mit den angedrohten 160 Vorstössen.

Fiona Hostettler

Wir von der glp sind auch erfreut, dass der Stadtrat in Sachen Biogas zügig gehandelt hat. Ich habe trotzdem einige Bemerkungen dazu.

Die Beantwortung des Postulats ist ein erster Schritt auf dem Weg zur Zielerreichung. Die Ziele könnten jedoch ambitionierter sein. 30% Biogasanteil bis 2030 ist ungenügend, weil bis zum Jahr 2050 mehr oder weniger alles klimaneutral sein sollte. Als Bewohnerin der Altstadt ist es mir wichtig, dass die Stadt vorwärts macht. Mein Vermieter fragt mich oft, welche Alternativen in Zukunft zur Verfügung stehen werden, um fossile Brennstoffe zu ersetzen. Die Nachhaltigkeit des Biogases ist jedoch nicht über alle Zweifel erhaben. Die 10% Grundanteil, welche aus Dänemark stammen würden, werden 2/3 des Biogases aus landwirtschaftlichen Rohstoffen hergestellt. Ich weiss nicht, ob Foodwaste dafür gebraucht wird oder speziell für die Biogasproduktion hergestelltes Material. Klar ist, dass es nicht effizient ist, so viel Bodenfläche für die Herstellung von Gas zu nutzen – weder aus wirtschaftlicher Sicht noch aus Nachhaltigkeitsgründen.

Nochmals vielen Dank für die Behandlung des Postulats mit dem Kompromissvorschlag, welcher einen ersten Schritt darstellt.

Corinne Schmidlin

Auch bei diesem Postulat bedanken wir uns für die speditive und inhaltlich gute Arbeit. Im Postulat haben wir einen Anteil von 20% für das Standardprodukt gefordert. Entstanden ist ein Biogasanteil von etwa 10%. Mit diesem Anteil hat die Stadt Baden einen Level erreicht, der für diverse Städte und Gemeinden in der Schweiz schon länger Alltag ist. Städte wie St. Gallen, Biel oder Thun haben schon jetzt 20% im Standardprodukt, und Wetzikon hat 30%. Ich gehe davon aus, dass auch diese Werke sich mit der Öffnung des Strom- und Gasmarkts auseinandersetzen werden. Mit diesen 10% setzt die Stadt Baden ein Zeichen mit einem Schönheitsfehler. Es ist

schade, dass das lokal produzierte Gas mittelfristig bereits verkauft ist, und dass man es nicht direkt lokal einsetzen kann. Wir von den Grünen hoffen, dass man das Gas, nach Ablauf der mittelfristigen Verträge, lokal nutzen kann. Zurzeit haben wir virtuell Biogas aus Dänemark. Sehr wahrscheinlich wird kein einziges Biogasmolekül den Weg von Dänemark zu uns finden. Der ökologische Vorteil bleibt grösstenteils in Dänemark.

In der Vorlage steht, dass die Gasbranche und auch die Regionalwerke AG Baden, den Anteil von 30% Biogas bis 2030 anstreben. Für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens genügt das nicht. Wir sollten bis ungefähr 2040 eine "Dekarbonisierung" des Energiesektors erreichen. Der Gassektor müsste hier auch mitziehen. Bis dahin ist es utopisch, Erdgas durch erneuerbares Gas ersetzen zu wollen. Deshalb müssen wir versuchen, den Gasverbrauch zu senken, Effizienzmassnahmen zu ergreifen und vor allem auch im Heizbereich Alternativen einzuführen.

Wir werden der Abschreibung des Postulats, im Sinne eines kleinen Schritts, zustimmen, werden aber das Thema weiterverfolgen.

Hansruedi Stauffacher

Die SP-Fraktion hat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen und ist bereit, das Postulat abzuschreiben.

Als Ratsneuling habe ich das Energiekonzept und die Eigentümerstrategie der Stadt Baden für die Regionalwerke AG Baden gelesen. Mein Eindruck von dieser Lektüre war, dass in diesen beiden Dokumenten über die Energiepolitik der Stadt schon alles gesagt, und den Regionalwerken die Richtung vorgegeben ist. Wozu dann noch die Postulate? Offenbar haben die Postulate eine beschleunigende Wirkung entfaltet. Schon für den Januar sind Massnahmen im Sinne des Postulats beschlossen, was erfreulich ist.

In der stadträtlichen Antwort wird verschiedentlich auf die Kosten eines Einbezugs von Biogas hingewiesen. Eine Finanzierung durch die Regionalwerke würde zu erheblichen Ertragsausfällen bei der Stadt führen. Also müssen die Kosten auf die Kundinnen und Kunden abgewälzt werden. Im Energiekonzept sind CHF 280'000 genannt, die zur Umsetzung der Ziele jährlich zur Verfügung stehen.

In der Eigentümerstrategie der Stadt Baden für die Regionalwerke dagegen wird von der Regionalwerke AG Baden eine jährliche Dividende von 7% verlangt. Es sind immerhin 2,1 Mio. Franken. Die Allgemeinheit soll also in Form von Steuereinnahmen von der Tätigkeit der Regionalwerke AG Baden profitieren. Die Mehrkosten für ökologische Massnahmen müssen dagegen von den Konsumentinnen und Konsumenten bezahlt werden.

Das wäre auch anders denkbar: Die Stadt Baden verzichtet auf diese Dividende, die recht beachtlich ist. Damit könnten die Regionalwerke AG Baden den ökologischen Umbau der Energieversorgung mitfinanzieren, ohne dass die Kosten abgewälzt werden müssen. Es würden dann keine Opt-Out-Möglichkeiten benötigt. Die Allgemeinheit hätte einen Mehrwert im Sinne einer umweltgerechteren Energieversorgung, was zukünftig mindestens so bedeutsam sein wird wie eine Dividende der Regionalwerke AG Baden.

Es ist klar, dass diese Überlegungen den Rahmen des Postulats sprengen. Es ist aber der passende Ort, um auf diese sicherlich nötige Diskussion hinzuweisen.

Tobias Vonesch

Am 19. Oktober 1533 hat Michael Stiefel, ein deutscher Mathematiker und Theologe, den Weltuntergang vorhergesagt, welcher nicht eingetreten ist. Seine Gemeinde hatte sich jedoch dementsprechend vorbereitet. Michael Stiefel sass vier Wochen in Wittenberg in Haft und wurde nur dank seines guten Freundes und Befürworters Martin Luther wieder entlassen. Wegen dieses Vorfalls redet man heute noch von einem "Stiefelrechner" oder einem "Stiefelredner".

Wir behaupten nicht, dass sich der Stadtrat und die Regionalwerke AG Baden verrechnet hätten. Wenn uns aber jemand erzählt, dass man mit "Ablasspapieren" aus Dänemark die Welt verbessern wird, redet er wahrscheinlich einen "Stiefel". Es waren wohl "Stiefel", die den Weg erklären wollten, dass sich die Moral nicht einfach kaufen lässt, sondern jedem einzelnen anhaftet. Es wäre wohl besser, nicht nach Mallorca zu fliegen.

Wir bedanken uns bei Christian Vogler und Markus Schneider für ihre Ausführungen an unserer Fraktionssitzung. Die zurückhaltende Vorgehensweise und die Opt-Out-Möglichkeit sind lobend zu erwähnen. Wir werden jedoch der Abschreibung des Postulats nicht zustimmen.

Michael Brandmaier

Wir werden auch der Abschreibung des Postulats zustimmen. Ich habe noch ein paar Bemerkungen dazu.

Es besteht eigentlich heute schon die Möglichkeit, einen ökologischeren Gasmix zu wählen. Es ist ein Opt-In und nicht ein Opt-Out. Aus liberaler Sicht würden wir es vorziehen, mit Opt-In zu arbeiten und die Leute zu motivieren. Ich nehme einen Satz von Benjamin Steiner auf. Er hat gesagt, das Thema sei noch nicht in der Politik angekommen. Ich sage, es ist noch nicht beim Volk angekommen.

Wir sind für Biogas aus lokaler Produktion. Wir haben das Biogas mittelfristig verkauft, weil es niemand wollte. Vielleicht ist das ein Problem der Politik oder der Presse, die heute leider spärlich vertreten ist. Der Vertreter der Rundschau ist immerhin anwesend.

Lediglich ein halbes Prozent der Gasmenge ist Biogas. Knappe 7% der Abonnenten haben einen ökologischen Strommix abonniert, z.B. Aquae Strom oder Photovoltaik. Das ist lächerlich. Entweder interessiert es das Volk nicht, oder es ist nicht bereit, die Mehrkosten zu tragen. Im Sinne einer Sofortmassnahme rufe ich die Einwohnerinnen und Einwohner von Baden auf (das müsste ich jetzt über Sie oder die Rundschau machen), die Nummer 056 200 22 22 der Regionalwerke AG Baden zu wählen. Der netten Dame oder dem netten Herrn, welcher den Hörer abnimmt, sagt man dann, dass man auf Biogas umsteigen wolle, z.B. über einen Opt-Up ab dem 1. Januar 2020 mit regionalem Biogas oder Aquae-Strom. Das funktioniert innerhalb von Minuten. Ich habe es selber gemacht. Das wäre ein Vorgehen ganz nach dem Motto "Taten statt Worte".

Markus Schneider, Stadtammann

Ich bedanke mich für die mehrheitlich gute Aufnahme der Vorlage. Es ist ein erster Schritt, wie bereits gesagt wurde. Es wurde vieles gesagt, dass wir durchaus unterstützen. Wir sind bereit, daran zu arbeiten.

Wir sind auch der Meinung, dass es nicht sinnvoll ist, Ölheizungen durch Gasheizungen zu ersetzen, obwohl es immer noch der bessere Weg wäre. Wir haben in Baden ein anderes, zukunftsträchtiges Produkt, das hoffentlich auch die Altstadt erschliessen wird, nämlich Fernwärme und Fernkälte. Die Zukunft und die Förderung dieses Gebiets sind höher zu werten als Gas. Das belegen die Zahlen. Wir haben Gasanlagen, in denen wir vor Ort Biogas produzieren können. Die Nachfrage ist jedoch zu klein, um den Absatz zu erreichen. Das ist schade, denn in den 10% des angebotenen Gasgemischs ist immerhin ein Sechstel Biogas aus eigener Produktion. Das ist aber relativ wenig. Ich unterstütze deshalb den Aufruf von Michael Brandmaier. Beziehen Sie Biogas und Aquae-Strom vor Ort. Wenn die Verträge auslaufen und wir Eigenbedarf haben, werden wir sicherlich das Biogas aus der Eigenproduktion nutzen. Wir haben auch ein Projekt, um eine Biogasanlage auszubauen. Wir werden prüfen, ob wir den Biogaseanteil für unsere städtische Liegenschaft über die 10% hinaus freiwillig erhöhen sollen, vielleicht um 20%, was Kosten von etwa CHF 80'000 verursachen würde. Es hätte eine Vorbildwirkung. Das wäre ein erster Schritt in die Richtung von Hansruedi Stauffacher. Das Thema Dividende und Eigentümerstrategie wird zu einem anderen Zeitpunkt im Einwohnerrat diskutiert werden.

Ich bin der Ansicht, dass wir uns auf gutem Weg befinden. In Zukunft wird es jedoch sinnvoller sein, nicht nur alle Energie in den Verkauf von Biogas zu investieren, sondern auch die anderen Möglichkeiten, wie z.B. Fernwärme und Fernkälte zu fördern. Wir werden weiter daran arbeiten.

Beschluss

Das Postulat Benjamin Steiner und Mitunterzeichnende vom 27. März 2019 betreffend Vergütung Photovoltaik (PV) Strom wird nach Kenntnisnahme vom vorliegenden Bericht als erledigt abgeschrieben.

13. Postulat Nadia Omar vom 14. Juni 2019 betreffend Gewässerschutz dank 4. Reinigungsstufe in der ARA Laufäcker (30/19); Antrag auf Überweisung

Nadia Omar

Sauberes Wasser gehört zu unserer Schweizer Identität. Wir sind stolz darauf, den Wasserhahn aufzudrehen, das Glas zu füllen und einfach zu trinken, ohne zu überlegen, ob es gesundheitsschädigend ist. Wir wissen, dass unser Wasser gut ist. Es ist sogar ein Stück Heimat, vor allem, wenn wir von einem Ort nach Hause zurückkehren, wo man nur aus Flaschen trinken kann. Im Sommer 2018 wurden wir diesbezüglich gerügt, weil im Kanton Aargau eine Studie gezeigt hatte, dass unsere Wasserqualität nicht mehr über jeden Zweifel erhaben ist. Es haben vor allem die Mikroorganismen abgenommen und die Mikrochromverunreinigungen zugenommen. Das sind winzig kleine Reststücke, welche man nicht sieht. Es geht heute nicht mehr um Schlachtabfälle, die man früher in die Limmat leitete. Es geht heute eben um nicht sichtbare Verunreinigungen. Jedes Händewaschen, nachdem wir vorher die Hände eingecremt haben, den Putzlappen ausgewaschen oder Ausscheidungen von Medikamenten verunreinigen das Wasser ein wenig. Die Abfälle des Kantonsspitals werden auch von der ARA Laufäcker gereinigt. Bisher werden die Mikroverunreinigungen noch nicht in der ARA Laufäcker gereinigt, weil die 4. Reinigungsstufe fehlt. Wir ersuchen den Stadtrat deshalb zu prüfen, ob man mit den anderen Gemeinden aus dem Abwasserverband eine 4. Reinigungsstufe realisieren kann. Ich weiss, dass wir keine Subventionen vom Bund erhalten werden. Im Gewässerschutzgesetz wurden Ausschlusskriterien festgelegt. Man ging wunderbare Kompromisse ein. Es gibt einen Fonds, in dem alle einzahlen. Die vom Bund vorgesehene Anschubfinanzierung gilt nur für ARA's, an die mehr als 80'000 Einwohner angeschlossen sind oder das Wasser in kleine

Gewässer ableiten. Es ist nötig, die Kriterien zu überarbeiten. Ich hoffe auch auf neue, nicht ganz so teure Technologien.

Ich bitte Sie mitzuhelfen, die gute Qualität unseres Wassers zu erhalten. Lassen Sie den Stadtrat prüfen, ob er mit den anderen Gemeinden aus dem Abwasserverband die 4. Reinigungsstufe einführen kann.

Daniel Glanzmann

Wir sind aus folgenden Gründen gegen eine Überweisung des Postulats:

Der Bund hat die Bedingungen für die 4. Reinigungsstufe vorgeschrieben. Die ARA Laufäcker fällt mit den rund 60'000 Einwohnern nicht darunter, es fehlen 20'000 Einwohner. Wenn das Abwasser unserer ARA in der Nordsee angekommen ist, wird es wieder millionenfach verschmutzt sein. Die Umsetzung der vierten Stufe wäre ein Tropfen auf den heissen Stein. Für die Beantwortung dieses Postulats muss eine Studie erarbeitet werden, welche ca. CHF 15'000 kosten würde. Werden das die Nachbargemeinden gut finden?

Es stellt sich ohnehin die Frage, ob alle angeschlossenen Gemeinden mit dieser Vorgehensweise einverstanden sind. Eine formelle Frage ist auch, ob nicht die Abgeordneten des Abwasserverbands den Auftrag für diese Studie stellen müssten?

Jost Voser

Man kann Folgendes zu dieser 4. Reinigungsstufe festhalten:

Sie ist gesetzlich nicht vorgeschrieben. Das Bundesgesetz wird eingehalten. Die Anlage ist von 1969. Man müsste also mit massiven Investitionen rechnen. Die Gebühren des Wasserzinses sind tatsächlich tief. Das ist so, weil sorgsam mit dem Geld umgegangen wird.

Wir stimmen dem Postulat trotzdem zu, weil es sinnvoll ist. In der Begründung ist der Nutzen der 4. Reinigungsstufe gut und kurz und bündig beschrieben.

In der Kürze liegt die Würze, und darum bin ich jetzt auch fertig!

Margreth Stambach

Die Grünen Baden stimmen dem Postulat von Nadia Omar betreffend Gewässerschutz zu. Wir stimmen dem Einbau der 4. Reinigungsstufe in der ARA Laufäcker, um Mikroverunreinigungen von Medikamenten, Reinigungsmitteln und Pestiziden besser entfernen und die Qualität des Grundwassers erhöhen zu können, zu. Bereits in tiefer Konzentration können sich Mikroverunreinigungen auf Lebewesen auswirken und Gewässer als Ressourcen für Trinkwassergewinn beeinträchtigen. Es ist deshalb wichtig, die Verunreinigungen zu entfernen. Die technischen Möglichkeiten dazu sind vorhanden. Die ARA Laufäcker ist zu klein, um eine Anschubfinanzierung zu erhalten, was sich in Zukunft aber ändern könnte. Auch ohne diese Mittel, könnte das jedoch mit einer Erhöhung des zurzeit tiefen Wasserzinses finanziert werden. Der Wasserschutz sollte es uns wert sein.

Philippe Ramseier

Da ich endlich etwas sagen kann, werde ich ein wenig ausholen.

Bei der ARA Laufäcker gibt es keine Generalversammlung, sondern eine Abgeordnetenversammlung, an der die Vertreter von Baden, Ennetbaden, Neuenhof, Obersiggenthal, Turgi und Wettingen teilnehmen. Der Abwasserverband hat einen Vorstand, der auch über neue Technologien diskutiert. Am 27. Juni 2019 haben wir die ARA Laufäcker besichtigt. Dazu waren auch alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte eingeladen. An der Besichtigung wurde klar, dass eine Abwasserreinigungsanlage sehr komplex ist. Es ist wichtig, die Grundsätze der lokalen Abwasserreinigungsanlagen zu überprüfen. Deshalb ist eine Kosten-/Nutzenanalyse richtig.

Die Abgeordneten werden schliesslich über einen nächsten Schritt entscheiden. In Wettingen wird das Thema nächsten Donnerstag im Wohnerrat diskutiert werden.

Ich betone nochmals, dass der Abwasserverband aus einem Vorstand mit Vertretern der oben genannten Gemeinden besteht.

Ich bedanke mich für die positiven Voten und freue mich, diese Kosten-/Nutzenanalyse durchführen zu können.

Beschluss

Das Postulat Nadia Omar vom 14. Juni 2019 betreffend Gewässerschutz dank 4. Reinigungsstufe in der ARA Laufäcker wird überwiesen.

14. Kindergarten Allmend; Projektierungs- und Baukreditabrechnung (55/19)

Fritz Bosshardt, Präsident Finanzkommission

Im Juni 2014 haben wir einem Projektierungs- und Baukredit zur Erweiterung des Kindergartens Allmend in der Höhe von zwei Millionen Franken zugestimmt, basierend auf die Kostenschätzung einer Machbarkeitsstudie. Das war der erste Kredit, den wir im Rahmen der Gesamtschulraumplanung bewilligten. Bei der genauen Projektierung zeigte sich, dass das gewünschte Bauvolumen nicht mit zwei Millionen Franken umzusetzen ist. Vor zehn Jahren hätte das wahrscheinlich niemanden gestört. In Anbetracht der knappen finanziellen Möglichkeiten der Stadt Baden hat der Stadtrat entschieden, das Raumprogramm zu reduzieren und insbesondere im Bereich Umgebung und Aussenraum zu sparen.

Mitglieder der Finanzkommission haben die Abrechnung stichprobenartig geprüft. Wir empfehlen Ihnen einstimmig, sie zu genehmigen.

Martina Niggli

Bei dieser Kreditabrechnung fällt uns auf, dass knapp CHF 81'000 bei der Ausstattung gespart worden sind. Das team baden findet, dass sinnvoll gespart wurde, da diese Ausstattung im Kindergarten sowieso keinen Platz gefunden hätte.

Ich zitiere aus der Vorlage: "Für das Betreuungs- und Lehrpersonal vor Ort besteht damit die Herausforderung darin, zeitweise den gleichen Raum, teilweise auch noch gleichzeitig, zu benutzen, ohne sich gegenseitig zu behindern oder zu stören." Das heisst, Kindergarten und Betreuung finden in den gleichen Räumen, teilweise auch noch gleichzeitig, statt. Ich glaube, dass sie froh sind, dass ihnen nicht auch noch Mobiliar und Ausstattung in die Quere kommen.

Ernsthaft: Das team baden findet es nicht in Ordnung, wie Platz und Ausstattung dermassen "weggespart" werden. Das ist nicht das Baden, das wir uns vorstellen.

Barbara Bircher

Eine gemeinsame Eingangshalle, eine kompakte Volumetrie, ein pragmatischer Umgang mit der bestehenden Umgebungsgestaltung. Das ist betreffend Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit ein sehr gutes Resultat.

Ich bin nicht Architektin, sondern Lehrerin. Für mich tönt es nicht positiv, sondern irgendwie nach der besten Lösung im schlechtesten Fall oder nach schön formuliertem Sparen.

Das ursprüngliche Projekt hätte 2,65 Mio. Franken gekostet. Es wurde beim Raumprogramm abgespeckt und auf 2 Millionen Franken reduziert. So war es mehrheitsfähig.

Ich bringe als geräuschempfindliche Pädagogin in meinen eigenen Lektionen Schülerinnen und Schüler, die unnötig Geräusche verursachen, mit meinem strengen Lehrerinnenblick meistens wieder zur Ruhe.

Für das Betreuungs- und Lehrpersonal vor Ort besteht die Herausforderung jedoch darin, zeitweise den gleichen Raum, und meist auch noch gleichzeitig zu nutzen, ohne sich gegenseitig zu behindern oder zu stören.

In diesem Raum möchte ich nicht arbeiten müssen. Ich habe vollste Hochachtung für die Damen, die in diesem Kindergarten arbeiten. Ich würde am liebsten die CHF 2'792.25 an die Abteilung zurückgeben, um entweder mehr Wände zu bauen oder den Damen einen Wellnesaufenthalt zu finanzieren. In erster Linie wünsche ich mir, dass der Einwohnerrat in Zukunft nicht nur ans Budget, sondern mehr an die Arbeitsbedingungen der Angestellten denkt.

Mark Füllemann

Bei dieser Abrechnung scheint ein allgemeines Unzufriedenheitsniveau vorhanden zu sein. Auch bei uns ist es so.

Wir stimmen zwar zu, aber Lob kann der Stadtrat nicht erwarten. Wir haben zwar unsere Erwartungshaltung erfüllt. Wir sind im Budget geblieben, jedoch unter Ausnützung der Reserven. Das ist nicht das, was wir erwartet haben. Wir haben uns gefragt, wofür wir eigentlich im Einwohnerrat eine Kreditabrechnung behandeln. Wir können sowieso nichts ausrichten. Wir diskutieren, um für den nächsten Fall daraus zu lernen. Diese Abrechnung ist so unterdurchschnittlich "mager" ausgefallen, dass keine Lehren daraus zu ziehen sind. Ich habe die Abrechnung mit derjenigen der Alten Schmiede verglichen, welche wir an der Mai-Sitzung 2019 behandelt haben. Die dortigen Abweichungen von 15, 12 oder 9 Prozent waren mit Zahlen hinterlegt und mit Aussagen, was wir das nächste Mal besser machen könnten. Das ist bei dieser Abrechnung nicht der Fall. Man habe mit dem Versicherungsamt gesprochen. Leider hätten sie keine Auskunft erteilt. Ist der Stadtrat der Meinung, man müsse beim Grossrat in Aarau einen Vorstoss

einreichen, damit das Versicherungsamt eine einigermaßen verbindliche Aussage erteilen würde? Man hat behauptet, die Möblierung sei um 60% teurer geworden. Wissen wir bei der Projektierung überhaupt, wie wir etwas möblieren wollen? Man musste Akustikdecken einbauen. Wusste man vorab nicht, dass Kindergartenkinder laut sind? Es sei zwar teurer geworden, aber man sei glücklicherweise in der Lage, die kantonalen Vorschriften einzuhalten. Das ist nicht der Stil, den ich von einer Kreditabrechnung erwarte.

Thema Umweltschutzmassnahmen: Die Bäume sind nicht über Nacht gewachsen. Sie waren natürlich vorher schon da, man hat sie aber offensichtlich erst später entdeckt.

Die FDP erwartet bei der nächsten Vorlage bessere Abklärungen und eine verbindliche Auskunft vom Versicherungsamt.

Im Schlussparagraph Ausblick/Raumbedarf bis Ende 2019 stehen die Erwartungen für 2019. Wir sind schon Ende 2019 angelangt. Ich weiss nicht, was dieser Abschnitt am Ende der Kreditabrechnung soll. Ich bitte Sie, solche Allgemeinplätze in einer separate Vorlage zu bringen und nicht am Ende einer Kreditabrechnung zu verstecken.

Michael Staubli

Wir haben den Raumbedarf für den Kindergarten Allmend für die nächsten 15 Jahre gedeckt. Stellen Sie sich vor, dass wir hier in diesem Raum noch ein Geschäftsmeeting und vielleicht noch einen Vortrag halten würden, und das nicht nur heute, sondern die nächsten 15 Jahre. Ich weiss nicht, ob in diesem Fall sparen die richtige Lösung ist.

Daniel Glanzmann

Zu der Zeit, als die Ausschreibung für den Kindergarten war, habe ich für die Baumeisterarbeiten die Offerte gerechnet. Ich kann Ihnen sagen: Höher geht es nicht.

Sandra Kohler

Wir reden über den Kindergarten Allmend. Ich war vorhin phasenweise nicht sicher, ob wir schon über die Wiesenstrasse 28 reden. Wir können vielleicht nachher über diese Punkte diskutieren.

Die Platzverhältnisse sind nun mal wie sie sind. Ich kann sie auch nicht "besser reden". Wir haben die aktuellen Rückmeldungen eingeholt von den Personen, die dort arbeiten. Es hat anfangs Zeit gebraucht, sich an die neue Situation zu gewöhnen, aber es scheint gut zu funktionieren. Wir hatten die Vorgabe von CHF 2 Mio. Wir sind der Meinung, in diesem Rahmen eine gute Lösung erarbeitet zu haben und den Kindern und den Mitarbeitenden eine gute Situation zu bieten.

Beschluss

Die Abrechnung des Projektierungs- und Baukredits für die Erweiterung des Kindergartens Allmend, schliessend mit CHF 1'997'207.75 (inkl. MWST), wird genehmigt.

15. Liegenschaft Wiesenstrasse 28 (Parz. 5878), Baden; Gesamtanierung und Einbau Doppelkindergarten; Baukreditabrechnung (56/19)

Fritz Bosshardt, Präsident Finanzkommission

Ich bin stolz, bei der letzten Abrechnung, die ich Finanzkommissionspräsidenten im Einwohnerrat vertreten darf, selber einen Beitrag zur Kostenreduktion geleistet zu haben. Ich war einer der Zivilschützer, die zwischen den Nussgipfel-Pausen am Abriss des Pavillons mithalf.

Im Jahr 2015 wurde das Haus Wiesenstrasse 28 von der ABB Immobilien AG durch die Stadt Baden gekauft. Ziemlich genau vor vier Jahren hat der Einwohnerrat nach einer langen Debatte diesem Baukredit zugestimmt. Die Finanzkommission empfahl Ihnen damals die Ablehnung, weil für sie die Kosten nicht nachvollziehbar waren, und die finanziellen Vorteile gegenüber dem reinen Umbau des Kindergartens St. Ursus nicht deutlich genug ersichtlich waren. Der Einwohnerrat folgte dieser Haltung teilweise und genehmigte schliesslich einen um 10% reduzierten Kredit, weil er insbesondere im Aussenbereich Einsparpotential sah.

Aus finanzieller Sicht ist die Finanzkommission mehrheitlich zufrieden mit der vorgelegten Abrechnung. Die Einsparung von 10% wurde beinahe erreicht. Für eine Minderheit der Finanzkommission ist es bedauerlich, dass die 10% nicht eingespart wurden. Gestört hat die Finanzkommission aber, dass es zum Teil zu grösseren Abweichungen zwischen den Baukreditposten kam.

Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen mehrheitlich, die Baukreditabrechnung zu genehmigen.

Michael Rinderknecht

Ich bedanke mich zunächst bei allen Beteiligten für den Umbau dieser Liegenschaft zu einem wunderbaren Doppelkindergarten. Ich bin überzeugt, dass mit viel Herzblut für unsere jüngsten Einwohnerinnen und Einwohner geplant, gebaut und umgesetzt worden ist.

Ich will bezüglich der Kreditabrechnung niemanden persönlich kritisieren. Ich möchte lediglich Folgendes festhalten:

Abrechnungen von Projekten, die vom Einwohnerrat bereits gekürzt wurden, müssen künftig bei Kostenüberschreitungen einleuchtend und nachvollziehbar begründet werden. Vorliegend wurde kein Wert darauf gelegt. Es befinden sich sogar Zahlen in der Abrechnung, die ein falsches Bild ergeben. Der bewilligte Kredit von CHF 2,133 Mio. sei um CHF 50'000, d.h. 5,34%, überschritten worden. Es wäre wahrscheinlich richtiger, dass die geplanten Kosten um CHF 130'000, also um 6,1% überschritten worden sind. Es befand sich nämlich bereits eine Kostenreserve von CHF 80'000 in den CHF 2,133 Mio. Das ergibt somit keine Genauigkeit von +/- 10% auf den Gesamtbetrag.

Die SVP Baden wird künftig keine Abrechnungen bewilligen, die bereits vom Einwohnerrat gekürzt wurden, trotzdem zu Kostenüberschreitungen führten und keine nachvollziehbare Begründung dafür geliefert wurde. Uns interessiert, ab wann die Bauleitung realisiert hat, dass die Kosten überschritten worden waren und welche Massnahmen sie ergriffen hat. Es ist bedauerlich, dass wir zu diesem Vorgehen gezwungen werden. Bei der explodierenden Pro-Kopf-Veranschuldung in Baden können wir uns den Luxus von Kostenüberschreitungen nicht leisten.

Stefan Jaecklin

Ich möchte mich inhaltlich zu dieser Abrechnung nicht äussern. Wir müssen uns zurückbesinnen, für was wir eigentlich die Übungen machen. Wir prüfen die Kredite und besprechen sie im Detail. Wir bringen alle viel Zeit mit, prüfen jede Position und lassen uns von den Ämtern alles genau erklären. Danach erfolgt der Bau und anschliessend machen wir das ganze Spiel erneut. Es ist natürlich nicht eine Spielerei, bei der es darauf ankommt, dass die letzte Zahl stimmt. In diesem Fall stimmt sie nicht ganz, ist aber nicht wesentlich. Das ist allerdings nicht der Punkt. Der Punkt ist, dass es in dieser Kreditabrechnung grosse Abweichungen gegenüber dem Beschlossenen gibt. Wie gesagt, ich möchte mich zum Inhalt der Kreditabrechnung nicht äussern. Ich möchte an Sie appellieren, bei solchen Abrechnungen die entsprechende Disziplin walten zu lassen und in den einzelnen Posten sauber zu planen. Unerwartetes, wie Dachverkleidungen, Brandschutztüren usw. dürften bei einer sauberen Planung nicht vorkommen.

Wir stimmen der Abrechnung jedoch zu.

Sandra Kohler, Stadträtin

Wir reden hier von einer Sanierung. Wir haben genug Baufachleute, die Bescheid wissen. Ich distanziere mich als Ressortchefin davon, dass wir nicht sauber planen und uns von unvorhergesehenen Ereignissen unvorbereitet überraschen lassen. Wir haben eine Fachabteilung, die gute Arbeit leistet, sauber plant und bestmöglichst vorbereitet ist. Es handelt sich, wie gesagt, um eine Sanierung an einem bestehenden Gebäude. Trotz vorgängiger Abklärungen kann es sein, dass nach Beginn der Arbeiten sich die Situation anders präsentiert. Betreffend Brandschutz ist es so, dass man zehn Mal eine Baustelle besichtigt, und beim elften Mal erhält man neue Vorgaben, die man umsetzen muss. Das ist eine Tatsache und nicht nur in Baden so. Das können sicherlich alle Architektinnen und Architekten bestätigen.

Esther Frischknecht

Ich weiss nicht, ob Architektinnen und Architekten diese Tatsache bezeugen können. Ich bin Brandschutzexpertin und kann die Aussage nicht bestätigen. Wir haben die Vorschriften seit 2003 und 2017 wurden sie überarbeitet. Es wurden seither keine grossen Änderungen an den Vorschriften vorgenommen. Den Brandschutz kann man gut im Vorfeld organisieren.

Adrian Gräub

Es mag stimmen, dass man nicht alles Unvorhergesehene vorhersehen kann. Die Kosten der Möblierung wurden jedoch auch deutlich überschritten. Es ist mir schleierhaft, weshalb man nicht wenigstens dort versucht hat, den Vertrag einzuhalten. Gewisse Schulhäuser sind schon sehr grosszügig ausgestattet, z.B. mit aufwendigen Böden. Das nährt die Spekulationen, dass eine übertrieben hohe Qualität angewandt wurde.

Sandra Kohler, Stadträtin

Es ist normal und legitim, dass im Rahmen eines Bauprojekts Kostenverschiebungen entstehen. Das hat nichts mit Erfolg und Misserfolg zu tun.

Betreffend Brandschutzvorschriften haben wir zurzeit ein Projekt, wo sich die Situation genauso präsentiert. Man hat Gespräche geführt und Vorgaben erhalten. Die Arbeiten werden weitergeführt und danach erhält man neue Vorgaben.

Esther Frischknecht

Bei einem Bau braucht man eine Brandschutzfachperson an der Seite, welche ein Konzept erstellt, dass anschliessend von der AGV oder von der kommunalen Brandschutzbehörde bewilligt wird. Die AGV hat höchstens eine beratende Funktion im Vorfeld. Die AGV wird jedoch nie genaue Aussagen machen können. Dafür gibt es die Brandschutzfachpersonen oder die Brandschutzexperten.

Beschluss

Die Abrechnung des Baukredits für die Gesamtsanierung der Liegenschaft Wiesenstrasse 28 und den Einbau eines Doppelkindergartens, schliessend mit Gesamtkosten von CHF 2'182'955.10 (inkl. MWST), wird genehmigt.

Wir sind am Ende der Sitzung angelangt. Morgen findet das Jahresendessen des Einwohnerrats statt. Wir treffen uns um 19.00 Uhr im Werk. Ich schlage vor, dass wir noch den Kaffee beim Blauring geniessen und morgen das Bier im Werk trinken. Ich freue mich darauf.

Sitzungsende: 20.25 Uhr

EINWOHNERRAT BADEN



Karin Bächli
Präsidentin



Marco Sandmeier
Protokollführer